

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 7,40 Mark, vierteljährlich
20 Mark, durch die Post 4,05 Mark
ausschließlich Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen. Im ein-
lichen Zeitungs-Verzeichnis unter
Beilage-Zeitung eingetragen. Für un-
verlangt eingegangene Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Genehmigung
der Redaktion gestattet.
Gesamf. der Schriftleitung Nr. 1140,
der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142,
der Bezugs-Abteilung Nr. 1155,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeige
werden die geplatzten Kolonnen
über deren Raum mit 20 Pf. berech-
net und in unseren Anzeigenseiten
und allen Anzeigen-Beständen ange-
nommen. Reklamen die Seite 1 mit
Schluss der Anzeigens-Ausgabe
sonntags 11 Uhr, für die Sonntags-
nummer abends 6 Uhr. Abbestellun-
gen von Anzeigenaufträgen, soweit
solche zulässig sind, müssen schriftlich
erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. E.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Verwaltung:
Halle, Ex. Brunschwilerstraße 17.
Hilfs-Verwaltung: Halle a. E. Nr. 24.

Nr. 21a.

Halle, Montag, den 14. Januar

1918.

Fortgesetzte Kämpfe an der Westfront.

Die Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet im Dezember.

Berlin, 13. Januar. (Amtlich.) Im Dezember hat der Gegner 13 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet unternommen. Sechs Angriffe galten dem lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet, sieben Angriffe der Stadt Freiburg sowie anderen Städten in Baden, den Städten Mannheim, Saarbrücken und Weibrücken. Bis auf eine Betriebsstörung, die durch einen Bombentreffer in die Gasleitung eines Eisenwerkes verursacht wurde, war das Ergebnis der Angriffe bedeutungslos. Der Schaden an privatem Eigentum war im ganzen gering. Durch die Angriffe wurden 7 Personen getötet und 31 verletzt, darunter französische Kriegsgefangene. Ein feindliches Flugzeug wurde innerhalb des deutschen Heimatgebietes, ein anderes jenseits der Rhine abgeschossen.

In den Morgenstunden des 6. Januar 1918 hat ein Flugzeug unter Verletzung der Schweizer Neutralität mehrere Bomben bei Bahnhof Rillach an der Strecke Solothurn-Muri abgeworfen.

Nachforschungen der deutschen Dienststellen haben ebenso wie bei den Bombenabwürfen vom 6. Dezember 1917 auf die Schweizer Orte Kempten und Muttenz ergeben, daß auch für den Bombenabwurf bei Rillach deutsche Flugzeuge wichtig in Frage kommen.

Erfolgreiche deutsche Kampflieger.

Zahl ihrer Aufträge bis zum 1. Januar 1918.

Rittmeister Freiliger von Rüdiger	65
Leutnant Müller, Max	36
Leutnant Budler	30
Hauptmann Berthold	28
Leutnant von Bülow	28
Leutnant Bernert	27
Leutnant Bongart	27
Oberleutnant Döfler (vermisst)	26
Leutnant Freiliger von Rüdiger	26
Oberleutnant Weißhof	26
Oberleutnant Götsch	26
Hauptmann Ritter von Lützel	25
Leutnant Klein	25
Oberleutnant Berge	25
Leutnant Rissenbergh	18
Oberleutnant Doerger	18
Leutnant Goetsch	17
Riesfeldweibel Menckhoff	17
Oberleutnant Goering	16
Leutnant Udet	16
Hilfschwabst. Baumeier	16
Leutnant Gömbel, Julius	15
Leutnant Kroll	15
Leutnant Thum	15
Hilfsleitender Vertreter Thom	14
Leutnant Hanlein	13
Hauptmann Budde	12
Leutnant Jacobs	12

* Mit dem „Bour le mérite“ ausgezeichnet.

Mit Mann und Maus untergegangen.

London, 13. Januar. (Reuters.) Die Admiralität teilt mit: Der Torpedobözer „Racon“ lief an der Nordküste von Irland am 8. Januar während eines Schneesturms auf die Felsen auf und ging mit der ganzen Besatzung verloren. 22 Leichen wurden aufgefunden.

Chile bleibt gegen Oesterreich-Ungarn neutral.

Santiago, 13. Januar. Nach der „Agencia Americana“ hat Chile auf die Mitteilung der amerikanischen Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn geantwortet, es werde seine feindliche Neutralität aufrechterhalten und hoffe, daß sich der Krieg nicht noch weiter ausbreite.

Kämpfe zwischen den Maximalisten und Ukrainern.

T. U. Amsterd., 12. Jan. Aus Petersburg wird gemeldet: Ein Kampf von sieben Stunden Dauer fand zwischen maximalistischen und ukrainischen Truppen in der Nähe von Ochmatisch im Bezirk Ichniowoi statt, wobei es schwere Verluste gab. Die ukrainischen Truppen haben nach schwerem Kampf besiegelt.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

WTB, Großes Hauptquartier, 13. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Westlich und nördlich von Bergen, so wie in der Gegend von Brest war die englische Flotte zeitweilig tagüber weg; auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nördlich von Verdun vorrückten, wurden im Nachkampf zurückgenommen. Südwestlich von Den's brachte ein eigenes Unternehmen Gefangene ein.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den östlichen Maschienen und in den mittleren Bogen zeitweilig erhöhte Feueraktivität. In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern sechs feindliche Flugzeuge und drei Zeppelinballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Trotzki wird gegen Frankreich deutsch.

Sankt Petersburg, 12. Januar. Aus Mitteilungen Londoner Blätter geht hervor, daß die Stellung der Ententebotschafter in Petersburg unhaltbar wird. Wahrscheinlich wird auch der französische Botschafter zur Abreise gezwungen sein. Man erzählt, daß Trotzki dem französischen Botschafter einen Fragebogen unterbreitet habe. Von der Beantwortung der Fragen wird für die russische Regierung die Entscheidung abhängen, ob Frankreich als Freund der russischen Revolution anzusehen sei. Diese Fragen beziehen sich auf die französischen Machenschaften in Rußland, auf die Zahl der französischen Offiziere und Angestellten in Rußland und den Wohnort und die Beziehungen zwischen den Mitgliedern der französischen Militärmission und Kaledin. Mierjew und der Ukraine. Falls diese Fragen nicht ausführlich und pünktlich beantwortet werden, wäre das weitere Verweilen des Botschafters in Rußland wenig erwünscht.

Kaledin und die Friedensverhandlungen.

Petersburg, 13. Jan. Dem „Dien“ wird aus Homoljeha gemeldet, daß General Kaledin die ukrainische Abordnung in Beszvitom beauftragt habe, die Interessen des Dongebietes bei den Friedensverhandlungen zu wahren. Falls eine Verständigung zwischen der Ukraine und den Mittelmächten erzielt werde, so würden auch die noch an der Front stehenden Kaledinregimente unter zur Verfügung genommen und demobilisiert werden. Kaledin sei mit den Reichsorganen der Ukraine einverstanden und ein entschlossener Gegner einer Vertreibung Rußlands.

„Nach West“ veröffentlichte eine Unterredung mit Kaledin, in der dieser erklärt, der Gedanke der Befreiungsbewegung der ukrainischen Bevölkerung sei zweifellos wertvoll, für die breiten Massen jedoch ganz gleichgültig. Es sei jetzt nicht Zeit, sich mit solchen Fragen zu beschäftigen, da die Aufgabe vorläufig darin bestehe, die eigenen Gebiete zu retten.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß Kaledin in drablicher Verbindung mit dem englischen Hauptquartier in Mesopotamien stehe.

Der Peterburger Stadtkommandant verhaftet.

Schweizer Grenz, 13. Jan. Dem Berner „Lund“ zufolge meldet die Peterburger Telegraphenagentur: Der Stadtkommandant von Petersburg Kabanjow wurde nach zehntägiger Amtsausübung verhaftet.

Oberleutnant ist deutsch und bleibt deutsch.

Wie dem „B. T.“ aus Kolmar gemeldet wird, erklärte die in der Eröffnungssitzung des Reichstages für das Oberleutnant der Präsidenten Dr. Kaledin, es müsse immer wieder betont werden, daß der Begrif Oberleutnant deutscher Boden und die Oberleutnanten deutsche Staatsbürger seien.

Japan und wir.

Von Zeit zu Zeit begegnet man in der Ententepresse schillerteren Klagen, da der japanische Kommandant in dem meisteiligen Kriegsschauplatz des Westens so viel mehr darauf bedacht sei, seinen Gewinn zu heben als seinen Einfluß zu erhöhen. Aber diese publizistischen Behauptungen seien ebenjowas wie die immer wieder neuem hinausgehenden Versprechungen, die durch die Meldung angeblich beauftragter Truppentransporte nach Europa aktive japanische Waffenhilfe für die Entente anzuregen wollten. Japan zeigt auf dem europäischen Kriegsschauplatz keine Truppen ein, einmal, weil es weiß, daß es bei der ungeheuren Schwere der Bekämpfung der Entente Westens sich nicht militärischen Geschehnisse über den eigenen Rücken, außerdem (und vor allem) weil es einen Teil der Entente nicht zu zögert. Nachdem es seinen Krieg mit der Eröberung unseres Besitzes in Ostasien beendet hat, ist das Reich des Mikado aus manden, von seinem Standpunkte durchaus vernünftigen und zwingenden Gründen als stiller Teilnehmer im Ententeformium geblieben. Es konnte dadurch besonders fröhlich am einträglichen Kriegserlörsgeheimnisse teilnehmen, es erleichterte sich die politische und wirtschaftliche Durchdringung Chinas und es sichert sich die Kolonialinteressen der Entente für seine zu Kriegbeginn so leicht errungene Beute. Wird der Westfront gelassen, so ist freilich diese Garantie wertlos; aber die anderen Vorteile bleiben bestehen und es kommen weitere hinzu, die durch die offizielle Zugehörigkeit Japans zur feindlichen Partei in keiner Weise beeinträchtigt zu werden brauchen.

Endet der Krieg so wie Lord George es wünscht, das heißt mit einer völligen Ausschaltung Deutschlands aus der internationalen Interessensphäre auf der einen, mit ungeheurer Machtvermehrung Englands in Ostasien auf der anderen Seite, außerdem mit latenter, durch deutsche Anexion im Osten verursachter Feindschaft Rußlands gegen Deutschland, die das ehemalige Zarenreich alsbald wieder in die Arme der Briten führt — dann sind wir für Japan (wie für ganz Asien) eine quantitative, möglicherweise während des Krieges sich vergrößere, wirtschaftliche Exponen nach dem östlichen Kontinent und nach dem indischen Ozean und der Südsee weiter rechnen muß. Es wird dann für Japan nahelegen, sich mit England als dem europäischen Staat, der über die stärkste Machtbasis in Asien verfügt, auf Kosten anderer Wettbewerber zu einigen. Solche Wettbewerber sind Amerika und Deutschland. Bekommen wir einen Lord George-Frieden, so wäre es durchaus nicht unmaßgeblich, daß sich Japan und England über unsere Ausschlüß von den östlichen Märkten, vor allem vom chinesischen Markt verständigen, um aus dieser Fernhaltung gemeinsam für ihre eigene Volkswirtschaft Nutzen zu ziehen.

Ganz anders, wenn es uns gelingt, mit Japan die Stellung Englands im östlichen Mittelmeer (Aegypten, Sueskanal), im omanischen Vorderasien und in Persien entscheidend zu schwächen und zugleich durch fortgesetzte Demütigung der britischen Handelsflotte noch durch einen längeren Zeitraum die Exportmöglichkeiten Englands auf für die Periode nach dem Kriege wesentlich zu behrängen. Dann liegt für Japan die Aufgabe an, sich in der Entwicklung. Dann kann sich Japan über die Ausnutzung der östlichen Märkte in erster Linie mit uns verständigen. Und das ist — wenn Englands Vorherrschaft in Westasien schwächer ist — für Japan umgleich vorteilhafter als die Einigung mit den Briten. Denn wir können in Ostasien keine territorialen Ziele aufstellen, weil uns die Basis fehlt, von der aus wir sie zu verwirklichen vermöchten. Wir haben in China und im ganzen Osten nur wirtschaftliche Interessen, und wir können mit Rücksicht auf die deutsch-japanische Zusammenarbeit schließlich sogar auf Asien verzichten.

Wir brauchen also den politischen Imperialismus Japans nicht zu fördern, wenn uns als Gegenleistung die östliche Türze für unseren Handel und unsere Industrie geöffnet wird. Und Japan vermag uns die östliche Türze ohne weiteres einzuräumen, wenn wir eine Waage sind, die es respektiert, und die ihm zu nützen vermag, denn bei allen Kriegsverlusten kann es sich in wirtschaftlicher Hinsicht auf eine Monopolisierung der östlichen Märkte gar nicht denken.

Japan wird sich keine Freunde für die nächsten Jahrzehnte erst nach dem Kriege wählen; bis dahin wartet es ab und stärkt seine militärische und wirtschaftliche Kraft. Lassen wir uns in einem englischen Frieden (der übrigens sogar eine Vergrößerung des Reichgebietes in sich schließen kann) als selbständigen politischen Faktor ausschalten, so werden wir Japan wie jeden anderen Staat außerhalb unserer unmittelbaren Nachbarschaft gegen uns auf der Seite der Mächte finden, die sich als selbständige Faktoren zu erheben zu wollen. Auch der mitteleuropäische Zusammenstoß kann unsere mitropolitische Depressierung nicht verhindern.

Aus der Arbeit des Wahlrechtsausschusses.

Die Konservativen wieder gegen das gleiche Wahlrecht.

Über den Beginn der Sonnabend-Sitzung wurde bereits in unserer Sonntagsausgabe berichtet.

Minister Dr. Dremsler bittet, daß jedes gegenseitige Mißtrauen schwinden zu lassen. Eine Enttäufung der im Volk gemachten Hoffnungen und Erwartungen würde von erheblicher Bedeutung für die innerpolitische Gestaltung sein. Politik und Opportunismus sind untrennbar voneinander. Das Vertrauen zum Staat, das in den dreien Wahlen unbedingt erworben wurde, würde in Frage gestellt, wenn der eine Faktor aus mangelndem Vertrauen zum Volk das Vertrauen würde, was der andere Faktor als sein Programm verändere.

Ein Konservativer erwidert, daß das Nichtzustandekommen des von der Krone in Aussicht gestellten Arbeitslosenversicherungsgesetzes das Mißtrauen der Krone nicht vermindert habe. Das gleiche Wahlrecht würde das Volk der Sozialdemokratie ausliefern. Die Konservativen wollen streben nach dem Schicksal Englands, durch schrittweise Demokratie unterzugehen. Es sei bedauerlich, daß Dr. Friedberg erklärt habe, der Stagesminister des Volkes würde geschwächt, wenn die Vorlage abgelehnt würde.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg erklärt, seine Ausführungen seien im gemeint gewesen, daß gewisse Volkspolitiker enttäuscht würden, wenn die Vorlage nicht im Sinne der Volkspolitiker durchgehe. Auch die Vaterlandspartei habe sich ausdrücklich zur Aufgabe verpflichtet, den Stagesminister des Volkes zu erhalten und möglichst zu regeln.

Ein Konservativer erwidert, daß die Krone im Jahre politisch reifer geworden seien, erkenne jedoch die Revolution bedürftigkeit des Wahlrechts an und hält aus diesem Grunde eine entsprechende Ausdrucksweise für erforderlich. — Ein weiterer Konservativer führt aus: Hätten wir das parlamentarische System gehabt, dann wären wir zurande gegangen. Die Folge eines parlamentarischen Systems wird sein, daß es auch um die Schuldlosigkeit nicht geht. Die Diktatur würde gefordert und der Religionsunterricht aus der Schule entfernt werden. Wenn man sich die Frage vorlegt, was bei einem gleichen Wahlrecht aus den baltischen Provinzen werden würde, so könne man unmöglich dafür eintreten.

Ein Volksparteier führt aus, der Krone gebühre Dank dafür, daß sie die Forderungen der Zeit erkannt und die Führung übernommen hat. Die Konservativen haben es in der Hand, ob die Sozialdemokratie in das radikale Verhängnis geleitet wird. Wenn man die Herrenhausnot-

lage zuerst beriete, so würde das draußen als ein Schlag empfunden werden. Im Lande wartet man auf die

Entscheidung über das gleiche Wahlrecht.

Das Herrenhaus könnte unter Umständen eine so reaktionäre Gestalt annehmen, daß das ganze Volk gerade für die Wahlrechtsfrage unannehmbar würde. Man weise auf die polnische Gefahr hin, aber die Erziehung eines neuen Polenstaates erfordert gewissermaßen ein Umlernen in der Polenpolitik; hier gehören innere und äußere Politik zusammen.

Ein polnischer Abgeordneter wendet sich gegen verschiedene Äußerungen über die Polenpolitik. Das bisherige preussische Regime sei den Polen tief verhaßt, denn es sei der Tapas der widerwärtigsten Herrschaft gewesen, die ein Volk zu ertragen hatte. Der Krieg werde dem polnischen Volk die Gleichberechtigung bringen, es werde dann nicht mehr dem widerwärtigen preussischen Regime unterliegen. (Vorständiger Abg. Hausmann erhebt den Redner, sich zu nähigen.) Die Wähler werden zur Vernunft kommen, der Krieg wird ein Massengrab für den nationalen Chauvinismus sein.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg weist diese Ausführungen zurück. Der Redner habe seine Worte in die Form schwerer Beleidigungen gegen Staat und Regierung gefasst, aus objektiven sind sie unmöglich. Dr. Friedberg ist überzeugt, daß nicht alle Polen auf diesem Standpunkt stehen, denn es wäre doch eine maßlose Unanbarkeit, wenn eine solche Meinung die Oberhand gewinne in den Augenblick, wo der König aus hochherziger Gnade den alten polnischen Staat wiederherstellt. In gemäßigten Kreisen komme es darauf an, eine Verständigungslinie zu finden. Leute, die so sprechen wie der Redner, machten eine Verständigung geradezu unmöglich.

Ein Konservativer begründet den Antrag auf Vereinigung der drei Vorlagen durch ein Parteigesetz und polemisiert gegen den polnischen Redner.

Weiterberatung Montag.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist zum Schreiben des Ministers des Innern vom 23. Dezember 1917 eine Kurze gehalten, aber als Material zur Vorbereitung der die gleichzeitige Entwicklung des Wahlrechts zum Hause der Abgeordneten zugewandt. Es werden darin die bekannten Entwicklungsstadien des preussischen Wahlrechts in sachlich richtiger Form aneinander gereiht.

Teil der italienischen Presse erzeugt werden. Anheben verursacht der Entschluß der Ruten, in Brüssel weiter zu verhandeln, die letzte Kurze Italiens beim Hofstaats eines Sonderfriedens im Sinne gelassen zu werden.

Holländisches Echo zu Churchills Rede.

T. U. Amsterd., 12. Jan. „Tijdschrift“ schreibt zu Churchills Rede:

Wenn das französische Sprichwort: „En dinant tout s'arrange“ wahr ist, dann wird der Krieg für die Entente weiter einen guten Verlauf nehmen und zu einem friedigen Ende führen. Die politischen Führer der Alliierten bitten und tunen unermüdet darauf los und sprechen dabei so tapfer und mit Aussicht auf Erfolg, das man annehmen kann, daß sie denselben Erfolg auch auf militärischem Gebiete wünschen würden. Gellern sprach auf einem Diner in London, bei dem der amerikanische Botschafter, Zerstörer war, Churchill, der englische Außenminister, der nach dem Gedanke der bekannten allgemeinen Prinzipien die eben falls bekannten Bemerkungen an die Adresse der Mittelmächte richtete und sich in angemessenen Ehrfurchtsbezeugungen vor Wilsons und seinen zehn bis zwölf Millionen Soldaten (ho! ho! ho!) erging, im übrigen aber eine sehr pessimistische Auseinandersetzung über die Lage gab, und an die Vereinigten Staaten einen formellen Kollierte ergaben ließ.

Die Erklärung des auswärtigen Amtes zur jüdischen Frage.

Berlin, 11. Januar. Die „Jüdische Rundschau“, das Organ der deutschen Zionisten, bezeichnet die Erklärung, die der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von dem Busche-Haddenhausen, namens der deutschen Reichsregierung zu der Judenfrage, insbesondere über die Befreiung der Zionisten in Palästina abgegeben hat, als eine ebenso wichtige wie erfreuliche Zustimmung zu den Hauptforderungen, welche die Judenheit der ganzen Welt gegenwärtig erhebt, wobei sie auf die Entschiedenheit der deutschen jüdischen Zentrale vom 23. Degr. 1917 verweist, welche die Reichsregierung ihren Dank für das wohlwollende Interesse ausdrückt, das sie während der gesamten Kriegsdauer der jüdischen Siedlung in Palästina zugewandt habe.

In der Erklärung des Auswärtigen Amtes vom 5. Januar ist die Absicht der kaiserlich Deutschen Regierung begründet worden, aufzuführende jüdische Siedlung in Palästina durch Gewährung von freier Grundbesitzung und freier Entwicklung ihrer kulturellen Eigenart zu fördern. Die „Jüdische Rundschau“ bezeichnet diesen Schritt als öffentliche Zustimmung der deutschen Regierung zu den jüdischen Forderungen und ist überzeugt, daß diese Kundgebung in den weitesten jüdischen Kreisen freudigen Widerhall werden wird. Im Zusammenhang mit den Äußerungen des Grafen Czernin, daß die österreichische Regierung den jüdischen Forderungen mit Wohlwollen gegenüberstehe und sie zu fördern bereit sei, und der amtlichen Auslösung des kaiserlichen Palast-Büros kann umkehr nur eine einheitliche Stellungnahme der Zentralmächte zugunsten der jüdischen Frage gesprochen werden.

Vorstandssitzungen des Deutschen und Preussischen Städtetages.

Auf Montag und Mittwoch nächster Woche sind die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages durch Oberbürgermeister Bernuth nach dem Berliner Rathaus eingeladen. Der Preussische Städtetag wird sich mit folgenden wesentlichen Fragen, darunter dem Wohnungsgesetz und außerdem mit Wohnungsbeschäftigungsfragen für die Übergangszeit, besonders auch mit dem Preussischen Ministerialerlass vom 6. Oktober 1917 befassen. Auf der Tagesordnung des Deutschen Städtetages stehen namentlich Ernährungsfragen und Angelegenheiten der Brennstoffversorgung. Daneben werden die Realfranchise und die Schwierigkeiten der Möbelbeschaffung zur Beratung kommen.

Ausland.

Der Zwangsdienst der Neutralen in Nordamerika. WTB. Washington, 12. Januar. (Reuters.) Der Schweizer Gesandte erzielte ein Uebereinkommen mit dem Staatsdepartement, nach welchem Schweizer Bürger, welche jetzt in der Armee der Vereinigten Staaten dienen sollen, nicht zum Militärdienst verpflichtet sind, wenn sie durch ihre diplomatische Vertretung Einspruch erheben. Das Staatsdepartement kündigt jetzt an, daß diese Bestimmung für alle Neutralen gilt.

Provinzial-Nachrichten.

Halbesstadt, 13. Jan. (Bürgermeister Weihenborns) des Sperrereiner Gasversorgung. In Berlin ist unser Bürgermeister Heinrich Weihenborn einer Besprechung erlegen. Er war zuletzt als Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern beschäftigt und hier besonders auf dem Gebiete der Verwaltungserleichterung. Weiteren Nachrichten war er durch grundlegende Arbeiten über die Verbesserung des Geschäftsganges der Behörden und der Bureauverfassung betraut worden. Als einer der ersten Verwaltungserleichterungen hat er hierüber im Jahre 1912 ein Buch unter besonderer Berücksichtigung der Gemeindeverordnungen herausgegeben. Bürgermeister Weihenborn richtete im Jahre 1905 die Bureau der staatlichen und städtischen Steuerverwaltung in Charlottenburg auf völlig veränderter Grundlage neu ein und organisierte zwei Jahre später nach persönlichen Gesichtspunkten der Erziehung von Schulmaterial und Arbeitskräften die gesamte städtische Verwaltung Charlottenburgs. Zu Beginn des Krieges war Weihenborn auf benachbarten Gebieten der Verwaltungserleichterung bei der deutschen Zivilverwaltung in Ober-Ost und Polen tätig und wurde vor zwei Jahren ins Ministerium des Innern berufen, um hier an der Reform der preussischen Staatsverwaltung mitzuarbeiten. — Nach Entdeckung des Gasausfalls in der von W. bewonten Reichs in Berlin stellte der inzwischen Dr. Kapf von der städtischen Rettungswache 7 drei Stunden hindurch Wiederbelebungsversuche an, die jedoch nicht vergeblich blieben.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Baum; für den städtischen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Weinmann; für den Unterhaltungsabteilung, Vermischtes usw.: Dr. Carl Baer; für den Anzeigenabteilung: Hugo Franke. Druck und Verlag von Otto Henke.

Besprechungen über die belgische Frage.

Staatssekretär Walfraff in Belgien.

Berlin, 13. Januar. (Antisch.) Der Staatssekretär des Innern, Erzherzog Walfraff, begibt sich heute mit dem belgischen Oberregierungsrat und Vortragenden Rat im Reichsamt des Innern, Dr. Schrage, nach Belgien, um in einem nehmigen Besuch an Ort und Stelle mit den maßgebenden Persönlichkeiten in Belgien zu nehmen und die gegenwärtig im Vorbergrunde des Interesses stehenden Fragen eingehend zu besprechen.

Auszeichnungen.

Dem württembergischen Generalleutnant Fehren, von Walfraff, dem sächsischen Obersten Fehren, von Döbberkaufer, dem bayerischen Major Trager und dem belgischen Oberleutnant der Reserve Scheich ist der Orden Pour le mérite verliehen; der Generalleutnant der Infanterie von der Armee Almann hat den Roten Adlerorden 1. Klasse mit Eichenlaub und Schwerten erhalten.

Die estnischen Soldaten aus Finnland zurück.

Stockholm, 13. Januar. Das Estnische Bureau teilt mit: Da Finnland den Wunsch ausgedrückt hat, souveräne Nation zu sein, und die estnischen Truppen in Estland selber nötig gemacht sind, hat die estnische Soldatenorganisation Finnlands die estnischen Soldaten in Finnland nach Estland zurückzuführen, ihre Familien nach Estland über den Betrieb liquidieren und das Erscheinen der estnischen Soldatenzeitung Finnlands eingestellt.

Irland gegen englische Ausfandung.

Rotterdam, 13. Januar. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Graf Szuwefelt hat in einer Ansprache in einer Versammlung im Sinnfeiern in Dublin erklärt, daß England Irland seiner Lebensmittel zu berauben drohe, das Land für seine Bevölkerung notwendig brauche. Die Irren würden Mangel leiden müssen, wenn sie diese Lebensmittel nicht im Lande besäßen. Es sei deshalb Aufgabe der Irren, dafür zu sorgen, daß die Sachen im Lande bleiben, wenn nötig mit Gewalt.

Die Dienstpflicht in Australien verworfen.

T. U. Amsterd., 12. Januar. Australien hat in einer Volksabstimmung die Dienstpflicht mit einer Mehrheit von 170 000 Stimmen verworfen, so daß darauf das Ministerium Hughes zurücktrat und Labor, der Führer der Arbeiterpartei, mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragt wurde. An der Abstimmung über die Dienstpflicht haben auch australische Truppen, welche im Felde standen, teilgenommen. Aus englischen Kreisen geht hervor, daß man einem vorläufigen Ergebnis entsprechend auch unter diesen einen gewissen Widerstand gegen die Dienstpflicht bemerkt. Aber die später eingetroffenen Stimmen haben dann dieses Resultat in eine kleine Mehrheit von 750 Stimmen für die Dienstpflicht verändert.

Der amtliche österreichisch-ungarische Jahresbericht.

Wien, 13. Januar. Amtlich wird verlautbart: Weiterer der Berente nahm das Artilleriefeuer vorübergehend an Stärke zu. Der Chef des Generalstabes.

Gegen den Schleichhandel der industriellen Werke.

Unter Vorsitz des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes von Balow fand am Sonnabend eine Besprechung zwischen Vertretern der zuständigen Industrie- und Militärbehörden und der Industrie über die Frage der Bekämpfung des Schleichhandels der industriellen Werke statt. Die Vertreter der Industrie stimmten der Ansicht des Staatssekretärs uneingeschränkt bei, daß die bisherige Praxis eines großen Teiles der Betriebe zu einem Zusammenbruch unserer Ernährungswirtschaft führen müsse. Ein Ausweg, bestehend aus Vertretern der Behörden und Industrie, soll die Grundzüge aufstellen, nach denen an Stelle der Sonderverträge aus dem Schleichhandel eine Befreiung der industriellen Arbeiterkraft auf gesetzlichem Wege zu treten hat, damit deren Leistungsfähigkeit nicht gefährdet wird. Allseitig war man sich darin einig, daß die Befreiung der zur gesetzlichen Befreiung notwendigen Lebensmittel die sofortige Unterdrückung des Schleichhandels zur Voraussetzung hat.

Eine Besprechung mit Vertretern der Arbeiterschaft über die gleiche Angelegenheit wird in der nächsten Woche im Kriegsernährungsamt stattfinden.

Italienische Beforgnisse.

T. U. Lugano, 13. Januar. Die italienisch-politischen Kreise scheinen plötzlich von lebhafter Beforgnis erfüllt, daß England und Amerika die Behauptung der italienischen Forderungen außer acht lassen könnten. Die leitenden Blätter schlagen deshalb heute lautmächtige Alarm. Der römische Vertreter des „Corriere della Sera“ setzt in einem langen Artikel auseinander, daß die Programme Lloyd Georges und Wilsons vervollständigt werden müßten. Die römische Regierung müsse unverzüglich die Initiative ergreifen, um eine diesbezügliche Erklärung der Entente herbeizuführen. Die diplomatischen Formen dürften nicht im Wege stehen. Komme nicht nur gegen die eigene Nation, sondern gegenüber allen anderen keinen unterdrückten Völkern diese Pflicht zu erfüllen. Hinter Italien ständen die Tschechen, die Jugoslawen, die Rumänen und die Polen. Die Regierung in Rom müsse beweisen, daß sie Erfordernissen des Augenblicks gewachsen sei. Der ganze Artikel ist durchdrungen von ausgedehntem Mißtrauen gegen Englands Absichten.

Der Pariser Berichterstatter des „Secolo“, Campolungo, greift Sonnino an, indem er scheinbar gegen die Verantwortung der Regierung über den italienischen Kriegszustand protestiert, in Wirklichkeit aber will er auf die Gefahren hinweisen, die das Programm Lloyd Georges für Italien in sich birgt. Der „Secolo“ bemerkt dazu rückwärts, daß Campolungos Ausführungen den großen Beunruhigungen entsprechen, die durch die Unbestimmtheiten der Worte Lloyd Georges und Wilsons in einem